

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp, Franz Maget, Bernhard Roos, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Markus Rinderspacher SPD**

Rechtsstaatlichkeit als Kriterium für Donaustrategie-Kooperation mit Rumänien und Ungarn

Der Landtag wolle beschließen:

Im Zuge der innenpolitischen Auseinandersetzungen in Rumänien kommt es gegenwärtig – wie zuvor schon in Ungarn – zu groben Verletzungen der konstitutiven EU-Grundprinzipien Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung. Diese Entwicklung widerspricht nicht nur der Europäischen Union als Wertegemeinschaft, sondern auch dem vom Freistaat Bayern ausdrücklich formulierten Donaustrategie-Ziel einer „weiteren Stärkung der Rechtsstaatlichkeit“ als einer elementaren „Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Donaustaaten in Frieden, Freiheit und wirtschaftlichem Wohlstand.“

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dies gegenüber unseren Partnern im Rahmen der internationalen EU-Donaustrategie unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen und auf der strikten Wahrung der Rechtsstaatlichkeit als Bedingung für eine enge Zusammenarbeit zu bestehen.

Des weiteren will sich der Landtag als Parlament stärker in die Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen einbringen.

Begründung:

Der Donauraum ist ein jahrhundertealter europäischer Wirtschafts- und Kulturraum, der von der Europäischen Union seit dem Beitritt der mittel- und südosteuropäischen Staaten im Rahmen der Donaustrategie zunehmend als Makroregion verstärkter Zusammenarbeit und Entwicklung verstanden wird. Für Bayern, das als deutsches Tor zum Donauraum traditionell über sehr gute Kontakte zu den Donauanrainerstaaten verfügt, ergeben sich daraus besondere Chancen, aber auch Verpflichtungen. Dies schließt europapolitisches Engagement für die Entwicklung und Wahrung von Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit ein, die seit längerem in Ungarn und aktuell in Rumänien gefährdet sind.